

**Beschluss Nr. 287/2026**

Schwyz, 14. April 2026 / ju

**Motion M 16/25: Das Studium zur Lehrperson oder zur Heilpädagogin / zum Heilpädagogen gezielt fördern**

Beantwortung

**1. Wortlaut der Motion**

Am 4. November 2025 haben Kantonsrat Franz Camenzind und sechs Mitunterzeichner folgende Motion eingereicht:

*«Die derzeit an den Pädagogischen Hochschulen sowie an der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) in Zürich ausgebildeten Lehrpersonen und schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen reichen nicht aus, um den Bedarf für die kommenden Jahre zu decken. Aktuell ist davon auszugehen, dass der Lehrpersonenmangel in nächster Zeit anhält. Um dem entgegenzuwirken und genügend Fachpersonen für unsere Volksschulen zu gewinnen, braucht es neue Anreize.*

*Viele Interessierte schrecken vor der Ausbildung zurück – oft wegen der zeitlichen und finanziellen Belastung. Deshalb soll ein Finanzierungsprogramm, z.B. mit Ausbildungszulagen, geprüft werden, das während der Ausbildungszeit interessierte Personen unterstützt oder ihnen überhaupt erst die Ausbildung ermöglicht.*

*Das Programm soll sich primär an Personen mit einer Erstausbildung richten, also an Quereinsteigende und an Personen, die eine zusätzlich pädagogische Weiterbildung (z.B. SHP) aufgrund des Bedarfs der Schulen besuchen. Die PH Schwyz ist mit der Option eines Fernstudiums zur Lehrperson bereits erfolgreich gestartet. Diese Studienvariante bietet einigen interessierten Personen überhaupt erst die Möglichkeit, eine Ausbildung zu absolvieren. Besonders für Quereinsteigende, die Familie, Beruf und Studium unter einen Hut bringen müssen, ist dies eine gute Option.*

*Das Programm soll die finanziellen Hürden erheblich reduzieren und so mehr Menschen den Zugang zur passenden Ausbildung ermöglichen – eine klare Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Ein solches Ausbildungszulagen-Programm könnte eine Möglichkeit sein, dem Kanton Schwyz gut*

*ausgebildete Lehrpersonen und Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zu sichern, die sonst unter Umständen kein Studium absolvieren würden.*

*Deshalb fordern wir mit dieser Motion den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, damit ein mitfinanziertes Studium zur Lehrperson oder zur Heilpädagogin / zum Heilpädagogen für Personen, die sich im Anschluss an das Studium verpflichten, für einige Jahre im Kanton Schwyz zu unterrichten, möglich wird.*

*Auch die Schulträger, wie Gemeinden und Bezirke, könnten Interesse haben, ihre Lehrpersonen zu binden, indem sie die Leute beim Studium finanziell unterstützen. Idealerweise ist das Pensum als Lehrperson über 50%. So dauert die Ausbildung zwar länger, aber solche Personen können in den Schulen bereits als Klassenlehrpersonen eingesetzt werden. In der Heilpädagogik sind auch kleinere Pensen denkbar, da hier eine gewisse Flexibilität möglich sein sollte.*

*Wir bedanken uns für das wohlwollende Aufnehmen unseres Anliegens.»*

## **2. Antwort des Regierungsrates**

### 2.1 Allgemeine Bemerkungen / Allgemeines

Der Regierungsrat anerkennt den in der Motion dargestellten Bedarf an qualifizierten Lehrpersonen sowie an Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in der Volksschule und teilt die Einschätzung, dass die Gewinnung und Bindung von Fachpersonen für die Sicherung der Unterrichtsqualität zentral sind. Die Motion verlangt eine mitfinanzierte Ausbildung sowohl für das Studium zur Lehrperson für Personen mit einer Erstausbildung als auch für Personen, welche die Ausbildung zur Heilpädagogin oder zum Heilpädagogen absolvieren, verbunden mit einer Verpflichtung, nach Abschluss im Kanton Schwyz zu unterrichten.

Der Regierungsrat erachtet es als zweckmässig, gezielt dort anzusetzen, wo bereits Personen mit Lehrdiplom im Schulfeld tätig sind, jedoch ohne Master in Schulischer Heilpädagogik (SHP). Andere Kantone kennen bereits solche Lösungen. Der Kanton Luzern sieht z. B. eine zeitlich befristete Unterstützung für ein berufsbegleitendes Masterstudium Schulische Heilpädagogik vor, verbunden mit klaren Voraussetzungen, einem Ausbildungsvertrag sowie einer Verpflichtungszeit und Rückerstattung bei Abbruch oder Austritt der Ausbildung.

### 2.2 Rechtsgrundlagen / Rechtliche Ausgangslage

Gemäss § 6 Personal- und Besoldungsgesetz für die Lehrpersonen an der Volksschule vom 27. Juni 2002 (PGL, SRSZ 612.110) dürfen als Lehrpersonen grundsätzlich nur Personen mit anerkanntem Ausbildungsabschluss angestellt werden. Ausnahmsweise sind Anstellungen ohne anerkannten Ausbildungsabschluss möglich, wobei in diesem Fall eine Lehrbewilligung gemäss § 50 Volksschulgesetz vom 19. Oktober 2005 (VSG, SRSZ 611.210) benötigt wird.

Für die Finanzierung von Weiterbildungen und Zusatzausbildungen von Lehrpersonen besteht im Kanton Schwyz eine gesetzliche Grundlage (§ 26b PGL). Der Kanton leistet Beiträge an die Kurskosten der Lehrpersonenweiterbildung und der Intensivweiterbildung und der Regierungsrat kann an die Kosten der Zusatzausbildung der Lehrpersonen Kantonsbeiträge ausrichten.

Diese Bestimmungen beziehen sich auf Beiträge an die Kosten von Weiter- und Zusatzausbildungen von Lehrpersonen mit Lehrdiplom. Sie bilden jedoch keine ausreichende gesetzliche Grundlage für Ausbildungszulagen an Personen, die eine formale Ausbildung benötigen, um im Bereich

der Schulischen Heilpädagogik tätig sein zu können, wie sie im vorliegenden Vorstoss gefordert werden.

Ergänzend ist zu erwähnen, dass interkantonale Vereinbarungen die Abgeltung von Ausbildungskosten im Hochschulbereich bereits systematisch regeln. Die Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) sieht vor, dass der Wohnsitzkanton Beiträge an die Ausbildungskosten leistet und damit Lastenausgleich sowie Freizügigkeit fördert. Ein kantonales Ausbildungszulagenprogramm im Bereich der Schulischen Heilpädagogik würde diese Systematik nicht ersetzen, sondern wäre ein zusätzliches personalpolitisches Instrument, da die Zulage direkt an die Lehrperson ausgerichtet würde.

### 2.3 Fazit / Haltung des Regierungsrates

Für den Bereich der Schulischen Heilpädagogik ist der Handlungsbedarf ausgewiesen und dringlich. In den letzten Jahren ist der Bedarf an Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen an den Regelschulen infolge des Ausbaus der integrativen Schulung, der Umsetzung sonderpädagogischer Konzepte sowie der steigenden Zahl von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf stetig angestiegen. Damit verbunden ist auch ein wachsender Bedarf an fachlicher und schulischer Weiterentwicklung im Bereich der Sonderpädagogik.

Die Rekrutierung ausreichend qualifizierter Fachpersonen im Bereich der Schulischen Heilpädagogik stellt zunehmend eine grosse Herausforderung dar. Die Entwicklung der Zahlen ist deutlich. Im Schuljahr 2022/23 waren im Kanton Schwyz 105 unvollständig ausgebildete Fachkräfte im Bereich der Schulischen Heilpädagogik tätig. Im Schuljahr 2023/24 lag diese Zahl bei 124, im Schuljahr 2024/25 bei 145. Per 31. Januar 2026 beläuft sich ihre Zahl auf rund 163. Dies entspricht innert vier Jahren einer Zunahme von über 55 Prozent. Ein Grossteil dieser Fachkräfte arbeitet in der Regelschule im Bereich der integrativen Förderung. Diese Entwicklung ist mit Blick auf die fachliche Qualität und die längerfristige Sicherung professioneller sonderpädagogischer Strukturen kritisch zu beurteilen.

Ohne gezielte Massnahmen droht in diesem Bereich eine weitere Deprofessionalisierung. Eine erhöhte Professionalisierung der in der Sonderpädagogik tätigen Fachpersonen ist in mehrfacher Hinsicht anzustreben. Absolventinnen und Absolventen eines Masterstudiums in Schulischer Heilpädagogik verfügen über vertieftes Fachwissen für die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Bildungsbedarf und sind zugleich in der Lage, schulische Entwicklungsprozesse im Bereich der Sonderpädagogik mitzutragen. Sie können in unterschiedlichen sonderpädagogischen Settings flexibel und nachhaltig eingesetzt werden. Gut ausgebildete Fachpersonen tragen wesentlich dazu bei, die Unterrichtsqualität zu sichern, die Schulen zu entlasten und die vorhandenen personellen Ressourcen zielgerichteter für die pädagogische Kernaufgabe einzusetzen.

Hinzu kommt, dass es sich bei der Zielgruppe für ein Masterstudium in Schulischer Heilpädagogik häufig um erfahrene, bereits im Schulfeld tätige Lehrpersonen handelt. Gemäss den Zahlen des Bundesamts für Statistik von 2024 werden 74 % der SHP-Abschlüsse von Personen über 30 Jahren erworben. Diese Personen stehen vielfach bereits im Berufsleben und tragen familiäre Verpflichtungen. Die Aufnahme eines berufsbegleitenden Studiums ist für sie oft mit erheblichen finanziellen Belastungen verbunden. Eine befristete finanzielle Unterstützung kann in diesem Bereich dazu beitragen, bestehende Hürden zu senken und zusätzliche qualifizierte Fachpersonen für die Schulen zu gewinnen.

Ein allgemeines Mitfinanzierungsprogramm für das Studium von Lehrpersonen der Regelschule ist demgegenüber nicht vorgesehen. Der Regierungsrat beschränkt seine Bereitschaft zur Ausarbeitung einer Vorlage auf den Bereich der Schulischen Heilpädagogik, in welchem der Bedarf besonders ausgewiesen ist.

Der Regierungsrat ist deshalb bereit, eine zeitlich befristete, klar zielgerichtete und finanzpolitisch verantwortbare Unterstützung für ein berufsbegleitendes Masterstudium in Schulischer Heilpädagogik zu prüfen und dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Diese hat strenge Anspruchsvoraussetzungen, einen Ausbildungsvertrag mit verbindlicher Verpflichtungszeit im Kanton Schwyz sowie eindeutige Rückerstattungsregelungen bei Abbruch oder vorzeitigem Austritt vorzusehen. Damit kann sichergestellt werden, dass die eingesetzten Mittel gezielt dort wirksam werden, wo der Bedarf besonders ausgewiesen ist.

### **Beschluss des Regierungsrates**

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, die Motion 16/25 in ein Postulat umzuwandeln und als solches erheblich zu erklären.

2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates;

3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Bildungsdepartement; Amt für Volksschulen und Sport; Amt für Mittel- und Hochschulen.

Im Namen des Regierungsrates:

Michael Stähli  
Landammann



Dr. Mathias E. Brun  
Staatsschreiber